

"Die ersten Waffen der Bundeswehr" in Le Monde (30. September 1984)

Legende: Anlässlich des dreißigsten Jahrestages der Londoner Akte vom 3. Oktober 1954 verfolgt die französische Tageszeitung Le Monde in ihrer Ausgabe vom 30. September 1984 die Ereignisse zurück, die schließlich zur Wiederbewaffnung Westdeutschlands führten.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Laurens, André. 30.09.1984, n° 12 342. Paris: Le Monde. "Les premières armes de la Bundeswehr", auteur:Clément, Alain , p. 2.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_ersten_waffen_der_bundeswehr_in_le_monde_30_september_1984-de-364365e4-42c2-4d34-b289-4bba49763051.html



Publication date: 05/07/2016

Die ersten Waffen der Bundeswehr

Als vor dreißig Jahren mit dem Abkommen von London am 3. Oktober 1954 auf internationaler Ebene der Prozess der deutschen Wiederbewaffnung einsetzte, war die Wehrmacht 1945 genau wie die anderen Institutionen des Dritten Reichs schon einer Radikalkur unterzogen worden. Die Siegermächte hatten *Tabula rasa* gemacht. Viele Wehrmachtsangehörige, die bei der Niederlage alles verloren hatten, waren gezwungen, weiterhin ihre alte, verwaschene Uniform zu tragen, ohne Abzeichen (und natürlich ohne Orden), und einige Angehörige der Besatzungsmächte nahmen Anstoß an diesen jämmerlichen Lumpen und erließen schikanöse – und undurchführbare – Maßnahmen, um die Spuren einer Vergangenheit zu tilgen, die man für immer aus der deutschen Geschichte streichen wollte.

Die Zivilbevölkerung, die noch unter dem Schock einer nie erlebten Zerstörung stand und weltweit tiefste Erniedrigung erfuhr, dachte einzig und allein an ihr tägliches Brot. Daher wollte sie nichts mehr von Bewaffnung hören: Das Gottesurteil war unerbittlich gewesen. Anders als 1918 ergab sie sich ohne Widerstand, fast erstaunt, den allgemeinen Untergang überlebt zu haben, wenn auch unter erbärmlichen Bedingungen.

Der fortschreitende Wiederaufbau des Landes änderte nichts an dieser Haltung. Die Alliierten hatten ihr Werk der „Umerziehung“ bis zum Äußersten betrieben. Kaum war die Bundesregierung eingesetzt, wurde sie auch schon gezwungen, am 22. November 1949 gemeinsam mit dem Hohen Kommissar der drei westlichen Besatzungsmächte das so genannte Petersberger Abkommen zu unterzeichnen, das das Besatzungsstatut lockerte und Kanzler Adenauer verpflichtete „*die Entmilitarisierung des Bundesgebiets aufrechtzuerhalten und mit allen [der Bundesregierung] zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern*“. Dachten die Alliierten, dass sie zu weit gegangen waren? Es scheint, dass sie es waren, die kurze Zeit später dem Kanzler nahelegten, sich für alle Fälle eine Art Verbindungsoffizier zuzulegen.

Ein geheimes Memorandum

Adenauer ließ sich nicht lange bitten. Im Mai 1950 richtete er im Kanzleramt diskret ein „Büro für Sicherheitsfragen“ ein und übertrug es Gerhard Graf von Schwerin, einem ehemaligen General, der sich auf dem Schlachtfeld ausgezeichnet hatte, jedoch außerdem dem Kreis von Offizieren angehört hatte, die sich gegen Hitler verschworen hatten.

Kurz darauf brach der Korea-Krieg aus. Glaubte Schwerin, dass nun seine Stunde gekommen sei? Er begann, einige ehemalige Kriegskameraden zu rekrutieren. Möglicherweise nahm er sogar Kontakt zur Industrie auf. Auf jeden Fall erfuhr die Presse von seiner Existenz. Das Geheimnis war gelüftet, Adenauer hatte sich als Autokrat über die öffentliche Meinung hinweggesetzt, die sich immer noch gegen alles auflehnte, was an die Wehrmacht erinnerte. Der Kanzler ließ sich auf diesen Streit nicht ein. Er entließ Graf Schwerin einfach aus seinen Diensten, da dieser seine Absichten in einem ungünstigen Licht erscheinen ließ.

Damit verleugnete er nicht Schwerin, sondern befreite sich vielmehr von einer Last. Ende August 1950 übermittelte Adenauer den drei Hohen Kommissaren ein geheimes Memorandum, von dem nicht einmal das Kabinett in Kenntnis gesetzt worden war; darin schlug er eine Beteiligung Deutschlands an einem westlichen Verteidigungsbündnis vor; eine Beteiligung, die zwar unterschiedliche Reaktionen auslöste, aber weniger als einen Monat später vom NATO-Rat angenommen wurde.

Da er nie Soldat gewesen war und ihn militärische Angelegenheiten im Grunde nicht interessierten, berief er nochmals heimlich eine Expertenkommission ein, die tief in der Eifel, in Himmerod, tagte, um die optimalen Bedingungen für den Wehrbeitrag zu definieren, der den westlichen Mächten angeboten worden war. Adenauer wurde ein Bericht vorgelegt, aber schon bevor er ihn gelesen hatte, wusste er, was ihn am Ende seines Vorgehens bei den Hohen Kommissaren erwarten sollte: Durch die Wiederbewaffnung Deutschlands sollte die volle „Souveränität“ der Bundesrepublik wiederhergestellt werden, die sich immer noch unter dem – immer schwächeren – Joch des Besatzungsstatuts befand, und Deutschland sollte der Atlantischen Allianz als gleichberechtigtes Mitglied beitreten, wodurch dem Hin und Her des „Ewigen Deutschlands“ zwischen

Ost und West ein für alle Mal ein Ende gesetzt werden sollte. Diese Ziele konnten nicht von einem Tag zum anderen erreicht werden – das zweite konnte nicht einmal offen genannt werden –, sie stellten jedoch ein kohärentes Programm zur Gestaltung der Zukunft dar.

Der Rücktritt Heinemanns

Von da an war es offiziell und öffentlich bekannt: Deutschland würde sich wiederbewaffnen. In der Regierung führte dies zum spektakulären Rücktritt Gustav Heinemanns, Innenminister und gleichzeitig auch Vorsitzender der Evangelischen Synode, der in einem letzten Brief an den Kanzler vom 9. Oktober 1950 den „Verstoß gegen den göttlichen Willen“ anprangerte, welcher Ausdruck „*einer unglaublichen Angst und fatalistischen Apathie [sei], die sich eines Teils unseres Volkes bemächtigt hat*“. Sein Rücktritt zog aber keine Spaltung innerhalb der Evangelischen Kirche nach sich.

Die Besatzungsmächte, zu jener Zeit noch vier an der Zahl, kamen im November 1950 in Spandau zusammen und erklärten, dass die Gemeinschaft der Gläubigen nicht zwangsläufig auch einen einheitlichen politischen Standpunkt bedeuten müsse. Die Entscheidung Heinemanns, der nichts von einem Volkstribun oder einem Rebellenführer hatte, erhielt auch nicht die Zustimmung der Evangelischen Kirche. Dennoch hinterließ sie einen tiefen Eindruck bei denjenigen seiner Landsleute, die mit Entsetzen den Einsatz von Waffen in West-Deutschland zurückwiesen, sei es – wie in Heinemanns Fall – aus moralischen Gründen, sei es aus einem Überrest an Patriotismus heraus (ein deutscher Wehrbeitrag konnte die Teilung Deutschlands nur vertiefen), sei es aus pazifistischen Gründen oder einfach aus Abneigung gegen die Alleinherrschaft Adenauers.

Pastor Martin Niemüller, der sehr viel angesehener und ein weitaus besserer Redner als Heinemann war, sowie andere Pfarrer jener „Bekennenden Kirche“, die den Kampf gegen das Heidentum der Nazis geführt hatte, wandten sich an Teile der Bevölkerung, die sich von der Politik des Kanzlers überrumpelt und missachtet fühlten. Es kam zu einer regelrechten Gegenbewegung, die die junge deutsche Demokratie in ihren Fundamenten fast erschüttert hätte, auch wenn sie zu keinem Zeitpunkt zu einem massiven Stimmenverlust der Kanzlerpartei CDU geführt hat, wie man im Nachhinein zugeben muss.

Die Sozialdemokratie versteifte sich noch über den Tod ihres Chefs Kurt Schumacher hinaus auf eine Position des aggressiven Antagonismus. Sie lehnte sowohl die im Mai 1951 unterzeichneten Verträge als auch den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und den Pleven-Plan ab, der die Aufstellung einer deutschen Armee nach klassischem Vorbild verhindert hätte. Bis 1959/60 brachten sie alle möglichen Argumente und „Ersatzlösungen“ vor, um Adenauers Politik der militärischen Integration zum Scheitern zu bringen.

Gleichzeitig gedachte sie jedoch nicht, sich ihrer parlamentarischen Verantwortung zu entziehen und noch weniger, die Initiative der Straße zu überlassen, wie die hervorragende „*Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*“ von Joseph Rovon zeigt. Wenn es schon zu einer Wiederbewaffnung Deutschlands kommen musste (seltsamerweise wird die SPD trotz des wenig ermutigenden Vorbildes der Reichswehr bis zum Schluss der allgemeinen Wehrpflicht ein Berufsheer vorziehen), dann sollte dies in jeder Hinsicht beispielhaft erfolgen. Ohne ihre Unterstützung wären übrigens die Grundgesetzartikel, die die Organisation der zukünftigen Bundeswehr regelten, nicht zustande gekommen.

Ein demokratisches System

Wann ist die Bundeswehr tatsächlich gegründet worden? Im November 1950 konnte sie ihren fünfundzwanzigsten Jahrestag feiern, jedoch nicht, ohne dass Demonstranten die Feierlichkeiten störten. Am 12. November 1955 überreichte nämlich der erste Verteidigungsminister, Theodor Blank, CDU-Abgeordneter und ehemaliger Gewerkschafter, den ersten einhundertsechs Freiwilligen der Bundeswehr (darunter die Generäle Speidel und Heusinger, die dem Kanzler bereits seit mehreren Monaten als Berater in Zivil gedient hatten) ihre Ernennungsurkunden.

Das Gesetz zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde erst im Juli 1956 verabschiedet. Die Akten

der ehemaligen Offiziere der Wehrmacht waren von einer Sonderkommission des Bundestages geprüft worden und bedurften deren Einwilligung, wodurch die extremsten Elemente sicherlich von der neuen Armee ferngehalten wurden. Die ehemaligen Wehrmachts-Offiziere, die nicht in den Büros des Ministeriums untergekommen waren, fanden sich zunächst in den sechsunddreißig Kasernen von Andernach am Rhein wieder, die der Luftwaffe als Militärhospital, den Amerikanern als Gefangenenlager und den französischen Streitkräften erneut als Militärhospital gedient hatten.

Der Anfang war schwer, wie die lehrreichen Erinnerungen des Generals in Ruhestand Gerd Schmackle zeigen, die kürzlich veröffentlicht wurden. Er stand kurz davor, kehrtzumachen, als er das Chaos sah, das dort herrschte. Das lag daran, dass die Bundesrepublik unter Druck stand. Sie hatte der NATO in kürzester Zeit zwölf Divisionen zugesagt, konnte die zwölfte jedoch erst 1965 liefern.

Der erste deutsche Botschafter bei der NATO, Herbert Blankenhorn, beklagte in seinem Tagebuch diesen Verzug bei der Aufstellung der deutschen Truppen und führte ihn auf den Mangel an Kasernen zurück. Man kann sich aber fragen, ob das Tempo, in dem die Einberufung der freiwilligen wie der wehrpflichtigen Soldaten vorgenommen wurde, nicht ein wenig dem hyperdemokratischen Ideal vom Bürger in Uniform geschadet hat, zu dem sich einige Offiziere anfangs bekannt hatten, die an der Vorstellung von einer Armee, die mit allen früher bestehenden Konventionen gebrochen hat, Gefallen fanden. Dieser Ansicht wäre sehr wahrscheinlich auch General Schmackle, der zu denken scheint, dass es um den Geist der gegenwärtigen Bundeswehr nicht ideal bestellt ist ... Wie dem auch sei, die Gesetze und Leitlinien, denen sie gehorcht, sind so liberal, wie es andernorts nur schwer vorstellbar wäre.

Die geburtenschwachen Jahrgänge

Es versteht sich von selbst, dass das Recht auf Wehrdienstverweigerung besteht, von dem weitgehend Gebrauch gemacht wird (die derzeitige Koalition hat allerdings die Dauer des Zivildienstes, der anstelle des fünfzehn Monate dauernden Wehrdienstes zu leisten ist, auf einundzwanzig Monate festgelegt). Es ist genau so selbstverständlich, dass die Truppen ihre „Vertrauenspersonen“ wählen, dass Soldaten und Offiziere das aktive und passive Wahlrecht besitzen, dass sie das Recht haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren (es gibt sogar zwei konkurrierende Gewerkschaften innerhalb der Armee, von denen eine dem DGB angeschlossen ist) und dass sie, falls sie sich ungerecht behandelt oder schikaniert fühlen, Beschwerde bei einem Vermittler, dem Wehrbeauftragten, einreichen können, der vom Bundestag ernannt wird und diesem Rechenschaft ablegen muss.

Der Verteidigungsausschuss des Bundestages kann auf Antrag seiner Mitglieder und ohne notwendige Mehrheit als Untersuchungsausschuss tätig werden und ist mit allen für die Untersuchungen und die Beweiserhebung notwendigen Befugnissen ausgestattet. Der „Chef“ der Bundeswehr ist zu Friedenszeiten der Bundesminister der Verteidigung, und im Kriegsfall der Bundeskanzler. In beiden Fällen sind die deutschen Streitkräfte unter dem NATO-Kommando integriert.

Alle diese Handlungsfreiheiten – oder Vorsichtsmaßnahmen, wie man es sehen will – haben nicht verhindern können, dass die Bundeswehr Krisen, ja sogar Skandale, erlebt hat, von denen die *Spiegel*-Affäre im Jahr 1962 das meiste Aufsehen erregt und Franz-Joseph Strauß das Amt des Verteidigungsministers und wohl noch mehr gekostet hat; ähnlich erging es bei dem letzten Skandal dem Vier-Sterne-General Günter Kießling, der auf Grund von mehr als zweifelhaften Indizien für „*schlechten Umgang*“ schonungslos kaltgestellt wurde. Bei jeder Gelegenheit haben die Presse sowie das Parlament ihre Rolle ausgespielt. Und soweit Militärpersonen verwickelt waren, hat sich die Bundeswehr nicht ihrer Kontrolle entzogen.

Das heißt nicht, dass sie alle Schwierigkeiten bereits überwunden hätte. Das Ansteigen der geburtenschwachen Jahrgänge, das sich ab 1987 bemerkbar machen wird, sowie das der Rüstungskosten – die Auswirkungen hat man beim Kampfflugzeug Tornado gesehen – werden sie auf eine harte Probe stellen.

Indessen ist die Arbeit der Friedensbewegung darauf ausgerichtet, die Bundeswehr vom Rest der Nation zu isolieren, wenn sie nicht sogar ihre Manöver durchkreuzt, wie sie es kürzlich getan hat. Und der Reserveoffizier, einst eine wichtige Persönlichkeit der deutschen Gesellschaft, ist nun nicht mehr als ein

Zivilist wie jeder andere auch oder im besten Falle ein Bewerber, da die Bundeswehr ja jedem eine technische Ausbildung ermöglicht. Die Zeiten haben sich sehr geändert, und die Bundeswehr, der es vielleicht an Tradition mangelt, muss sich vorerst damit zufrieden geben, sich von einer „*wohlwollenden Gleichgültigkeit*“ umgeben zu sehen.

Alain Clément